
Die Perspektive der Aufstiegsgesellschaft

Ausgangspunkt und politische Handlungsfelder

Volker Kauder

Die in diesem Band versammelten Beiträge nähern sich der Frage sozialer Mobilität in modernen Gesellschaften aus ganz unterschiedlicher – teils wissenschaftlich-abstrakter, teils praktisch-pragmatischer – Perspektive. Sie eint jedoch die Orientierung an individueller Leistungsbereitschaft, an der Verwirklichung von Lebenschancen und an den dafür notwendigen Rahmenbedingungen. In allen Betrachtungen bleibt der Mensch Subjekt und wird nicht zum Objekt einer ihn entmündigenden Sozialtechnik.

Menschenbild und Lebenschancen

Es steht mir nicht zu, die hier vorgetragenen Überlegungen parteipolitisch zu vereinnahmen. Daher ist es mein ganz persönlicher Zugang, einen Ansatz, der den Einzelnen zur Wahrung seiner Lebenschancen befähigt und ertüchtigt, auf das christliche Bild vom Menschen zurückzuführen, in dem die Programmatik christlich-demokratischer Politik wurzelt.

Gelegentlich wird mit Blick auf diese Programmatik von drei Wurzeln gesprochen: der christlichen, der konservativen und der liberalen. Damit wird der Eindruck dreier unabhängiger und eigenständiger Begründungsstränge ver-

mittelt. Ich halte diese Interpretation der programmatischen Wurzeln für irreführend, denn sowohl der liberale wie der konservative Ansatz gehen auf das christliche Bild vom Menschen zurück: Eines Menschen, der zur Freiheit berufen ist, um Gott in freier Entscheidung wählen zu können, der aber gleichzeitig nicht perfekt, sondern fehlbar und schuldfähig ist. In diesem Menschenbild verbindet sich also der liberale Glaube an die Freiheitsbefähigung des Menschen mit einer konservativen Denken prägenden Skepsis gegenüber dem grenzenlosen Optimismus, dass der Mensch seine Freiheit auch immer zum Wohle Aller gebrauchen wird.

Diese hier noch reichlich abstrakt formulierte Überlegung hat für das Thema des gesellschaftlichen Aufstiegs erhebliche Relevanz, weil sich hieraus ein konkreter Auftrag, aber auch die Grenzen politischen Handelns und staatlicher Tätigkeit ableiten lassen. Vor allem lenkt dieser Ansatz den politischen Blick weg von den ökonomischen Kenn- und Messzahlen eines Standorts hin zum wahren Zentrum der Politik – dem Menschen. Damit ist weder ein überhöhter und idealisierter Mensch gemeint, der in jeder Situation uneingeschränkter Herrscher über sein Schicksal ist, noch ist damit der unmündige und in jeder Situation staatlich zu schützende Mensch gemeint. Tatsächlich geht es um den „Menschen, wie er geht und steht“.

Die entscheidende politische Herausforderung besteht darin, eine Ordnung zu verwirklichen, die dem Menschen unserer Zeit unter den Bedingungen einer rasant beschleunigten und globalisierten Arbeits- und Lebenswelt die Verwirklichung seiner Lebenschancen ermöglicht: Ohne ihn zu entmündigen und in kollektiver Sozialplanung zu vernahmen, aber auch ohne ihn schutzlos dem Gesetz des Stärkeren zu überlassen.

Ein solcher Ansatz leugnet nicht die natürliche Ungleichheit der Menschen und verfällt nicht dem naiven

Glauben, dass jeder Mensch zum Vorstandsvorsitzenden, Hirnchirurgen oder Fußballstar befähigt ist. So vielfältig wie die Menschen sind ihre Begabungen und Talente. Und ein Arbeitnehmer, der Tag für Tag mit größter Präzision und Konzentration auf der Baustelle schuftet, ein Handwerker, der sein Metier mit Leidenschaft beherrscht oder eine Krankenschwester, die sich unter kaum vorstellbaren Belastungen Kranken, Genesenden und Sterbenden widmet, ist für uns genau so wichtig wie akademisch ausgebildete Spezialisten. Entscheidendes politisches Ziel ist es, die Barrieren zu beseitigen, die eine Entfaltung dieser individuellen Talente behindern und die Instrumente zu verbessern, die diese Talente fördern und ihr Brachliegen verhindern.

Dabei geht es – anders als von linkspopulistischer Seite immer wieder unterstellt wird – nicht um eine „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“, sondern um die Rahmenbedingungen eines durch gesellschaftliche Teilhabe gelingen- den und glücklichen Lebens unter den Bedingungen natürlicher Ungleichheit.

Teilhabe statt Bevormundung

Ein auf die Dauer und die Höhe von Sozialtransfers beschränkter Linkspopulismus macht sich unterbewusst oder bewusst das Leitbild einer menschlichen Existenz zu eigen, die durch materielle Versorgung und die Narkose des Privatfernsehens ruhig gestellt ist. Eine solche Existenz ist ihrer eigentlichen menschlichen Würde entkleidet worden.

Es gibt eine auf der Linken des politischen Spektrums verbreitete politische Haltung, die eine Überwindung dieser von der Allgemeinheit finanzierten sozialpolitischen Isolierung für den Betroffenen nur dann als zumutbar betrachtet, wenn sie unmittelbar „gute Arbeit“ verspricht.

Aber was ist schlecht an einer vielleicht harten, gering entlohten und durch staatliche Zuschüsse aufgestockten Tätigkeit, wenn diese den Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht – und damit den Aufstieg in besser bezahlte Tätigkeit, die wiederum Voraussetzung einer von staatlichen Zuschüssen unabhängigen Existenz ist? Und wie lässt sich diese linkspopulistische Haltung gegenüber jenen rechtfertigen, die über ihre Steuern und Abgaben die Sozialleistungen und damit einen in seinem Umfang selten gewürdigten Akt gesellschaftlicher Solidarität erbringen?

Hier zeigt sich auch die Grenze des Solidaritätsbegriffs: In der Perspektive der christlichen Sozialethik ist damit immer die Hilfe zur Selbsthilfe gemeint – nicht die Lähmung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung durch kollektive Absicherung. Solidarität und Subsidiarität sind ein begriffliches Geschwisterpaar. Und nur eine Solidarität, die die Kräfte der Subsidiarität – insbesondere die Leistungsfähigkeit des Einzelnen – nicht schwächt, ist gesellschaftlich zu rechtfertigen und vermittelbar. Wer nach dem Grundsatz handelt: „Besser gute Sozialtransfers als einfache Arbeit“, beschädigt diesen für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt elementaren Zusammenhang. Außerdem ist diese populistische Betrachtung völlig statisch, weil sie die Dynamik menschlicher Entwicklung und sozialer Mobilität leugnet. Sie macht sich damit zum Anwalt der Hoffnungslosigkeit.

Ich bin nicht bereit, mich mit dieser Hoffnungslosigkeit und Statik gesellschaftlicher Verhältnisse abzufinden. Mir und der Christlich Demokratischen Union geht es um die Entwicklungsperspektiven eines glücklichen menschlichen Lebens in Freiheit. Für das individuelle Glück ist die Politik natürlich nicht verantwortlich, aber sie kann zu einer Ordnung beitragen, in der sich die Möglichkeitsräume individuellen Glücks und persönlicher Entwicklung entfalten kön-

nen. Dazu gehört ganz zentral eine Arbeitsmarktpolitik, die – etwa durch eine Beschäftigung fördernde Ausgestaltung der Hinzuerdienstregeln bei ALG-II-Bezug und die Erweiterung der aufstockenden ALG-II-Leistungen zu einem Kombilohn- und Mindesteinkommen-System – den Weg in Beschäftigung ebnet und nicht verschließt. Neben der Arbeitsmarktpolitik sehe ich vor allem zwei weitere Handlungsfelder: die Vermögenspolitik sowie die Bildungs- und Weiterbildungspolitik.

Vermögen und Eigentum als Grundlage bürgerlicher Existenz

Eigentum ist die Grundlage einer bürgerlichen Existenz. Die Verfügungsgewalt über Privateigentum schafft wachsende Unabhängigkeit von Zwängen, die individuelle Freiheitsverwirklichung einschränken. In der politisch gescheiterten Utopie des Sozialismus sollte die Freiheit aller durch die Aufhebung des Eigentums erreicht werden. Tatsächlich hat die Verstaatlichung des Eigentums den Einzelnen der Willkür des durch Partei und Geheimdienst repräsentierten Kollektivs ausgeliefert.

Nur als eine politische Ordnung, die Eigentum respektiert und garantiert, ist die Demokratie denkbar. Das war immer die Grundposition der Christlichen Demokratie. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die Demokratie dort instabil und gefährdet ist, wo das Eigentum in den Händen einiger Weniger konzentriert ist. Dort, wo Maß und Mitte in der Vermögensverteilung fehlen, ist der Boden für populistische Demagogen bereitet. Die Entwicklung Lateinamerikas in den vergangenen Jahrzehnten liefert dafür reichlich Anschauungsmaterial.

In Einklang mit der christlichen Sozialethik hat sich die CDU daher seit ihrer Gründung für eine möglichst breite

Streuung von Kapital und Vermögen eingesetzt. So ist auch der Gedanke der Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern schon vor Jahrzehnten von Oswald von Nell-Breuning in allen Facetten ausformuliert und von der Union übernommen worden.

In einer Zeit, in der sich die Einkommen aus Kapital und Arbeit auseinander entwickeln und unsere Systeme sozialer Sicherung unter demografischen Druck geraten, hat dieser Gedanke noch an Bedeutung gewonnen. Vermögen schafft in Zeiten der wirtschaftlichen Krise und angesichts der vermeintlichen oder tatsächlichen Bedrohung des Einzelnen durch sozialen Abstieg ein individuelles Sicherheitsnetz.

Wenn neben das Arbeitseinkommen mit wachsendem Alter ein zusätzliches Einkommen aus Vermögen oder eine selbst genutzte Wohnimmobilie trate, ließe sich der gerade bei den mittleren gesellschaftlichen Lagen verbreiteten Sorge vor gesellschaftlichem Abstieg wirkungsvoll entgegen treten. Mit dem Investivlohn und der Eigenheimrente hat die unionsgeführte Bundesregierung der Großen Koalition einen wichtigen Schritt in diese Richtung unternommen. Künftig wird es zudem um zweierlei gehen:

Zum einen müssen gerade für die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen wieder finanzielle Spielräume geschaffen werden, die Bildung von Eigentum und Vermögen erlauben. Insofern ist die Haushaltskonsolidierung, die wir in der Großen Koalition mit großem Nachdruck und gegen zahlreiche Widerstände anstreben, nicht nur Selbstzweck und nicht nur sittliches Gebot verantwortungsvoller Mittelverwendung, sondern vor allem auch Mittel zum Zweck, den Bürgerinnen und Bürgern wieder eine Entlastungsperspektive zu verschaffen. Eine Politik des „mehr netto“, für die ich mich schon frühzeitig eingesetzt habe, lässt sich nicht auf Kredit, sondern nur auf einer durch hartes Sparen erreichten Grundlage verwirklichen. Die so ge-

wonnenen Freiräume dürfen dann aber auch nicht durch eine immer weiter um sich greifende Tätigkeit des Staates konsumiert, sondern müssen den Bürgern zurückgegeben werden.

Zum zweiten sollte geprüft werden, inwieweit die unterschiedlichen Instrumente der Vermögenspolitik wie u. a. Sparer-Freibetrag, Vermögenswirksame Leistungen, Rürup- und Riester-Sparen, Investivlohn und Eigenheimrente stärker vereinheitlicht werden können, um so für die Bürgerinnen und Bürger auch durchsichtiger zu werden. Ergänzt werden sollten diese Instrumente sodann um einen Fördertatbestand, der den Einzelnen unterstützt, Rücklagen für die eigene Weiterbildung und die Bildung seiner Kinder anzulegen. Denn Bildung und Weiterbildung sind nicht nur die entscheidenden Voraussetzungen für gesellschaftlichen Aufstieg, sondern stellen in einer immer wissensintensiveren Arbeitswelt auch die wesentliche Versicherung gegen sozialen Abstieg dar.

Aufstieg durch Bildung

Damit komme ich zum zentralen Handlungsfeld einer Politik, die Talente fördern und gesellschaftlichen Aufstieg ermöglichen will: der Bildungs- und Weiterbildungspolitik. Wie groß die Herausforderung in diesem Bereich ist, zeigt eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach, nach der zwei Drittel aller Deutschen nicht mehr an die Durchlässigkeit des Bildungssystems glauben. Damit verbunden ist die Überzeugung, dass die Bildungseliten die Bildung ihrer Kinder unter sich ausmachten. Ein solcher Befund ist deswegen so alarmierend, weil der begründete Glaube an den Aufstieg der eigenen Kinder für den Zusammenhalt einer offenen demokratischen Gesellschaft existenziell ist. Es muss zentrales Ziel der Bildungspolitik sein,

die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu ermöglichen und damit den Glauben an die Möglichkeit gesellschaftlichen Aufstiegs wieder herzustellen. Das ist vor allem eine Herausforderung für die Bundesländer.

Überspitzt formuliert haben wir uns in der Vergangenheit damit eingerichtet, Bildung begrifflich auf das erste Lebensdrittel zu beschränken, die Vermittlung von Wissen als Belastung frühkindlicher Pädagogik zu begreifen, Bildung zunehmend auf einen Beitrag zur Berufsausbildung zu verkürzen und bildungspolitisches Engagement in ideologisch aufgeheizten Schulform-Debatten zu entladen. Mehrere der hier versammelten Beiträge machen deutlich, wie notwendig ein Umdenken ist, um individuelle Potenziale besser zu erschließen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die gesellschaftlichen Aufstieg von der familiären Herkunft entkoppeln.

Natürlich wird jedes Kind von seinem Elternhaus, in dem es die wichtigsten Dinge für sein gesamtes Leben lernt, geprägt. Ebenso natürlich ist es, dass Eltern dabei Teile ihres eigenen Wissens und ihrer eigenen Bildung an ihre Kinder weitergeben. Und Wissen und Bildung sind eben individuell und damit auch unterschiedlich, folglich trifft dies auch auf die Prägung zu, die das Kind erfährt. Verhindern könnte man dies nur, wenn man die Kinder den Eltern wegnähme und sie vollständig vom Staat erziehen ließe. Das ist die Lösung, die totalitäre Staaten anstreben.

Uns sollte es vielmehr darum gehen, gerade die so genannten „bildungsfernen“ Elternhäuser frühzeitig dabei zu unterstützen, ihren Kindern die Grundfertigkeiten, insbesondere die Beherrschung der deutschen Sprache, zu vermitteln, die notwendig sind, um individuelle Talente zu entfalten. Wer Kindergärten nur als überdachte Spielplätze begreift, wird dieser Aufgabe nicht gerecht werden können. Ich bin skeptisch, ob wir tatsächlich akademisch geschultes Kindergartenpersonal benötigen. Aber die Erzieherin-

nen und Erzieher sollten durch Weiterbildungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, die ihnen anvertrauten Kinder spielerisch an die Beherrschung der deutschen Sprache heranzuführen. Mit pädagogischer Überfrachtung der Kindheit hat dies nichts, aber mit der Schaffung von Lebenschancen sehr viel zu tun. Wir dürfen auch die Familien, in denen beide Elternteile einer Berufstätigkeit nachgehen, nicht allein lassen. Für viele stellt daher der von der unionsgeführten Bundesregierung vorangetriebene Ausbau der Ganztagesbetreuung ein sinnvolles Angebot und eine wichtige Ergänzung der familiären Erziehungsleistung dar. Dadurch wird die familiäre Betreuung zu Hause nicht abgewertet. Wer auf Berufstätigkeit verzichtet, um sich der Betreuung seiner Kinder zu widmen, verdient die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie Eltern, die einer Berufstätigkeit nachgehen.

In der schulpolitischen Diskussion geht die Debatte über Organisationsformen und Schultypen am Kern der Sache vorbei. Das Abschneiden bayerischer Schülerinnen und Schüler bei den internationalen Vergleichstests zeigt, dass eine Schwächung des Zusammenhangs von Herkunft und Bildungserfolg gerade auch im klassischen dreigliedrigen Schulsystem möglich ist. Entscheidend ist die durch individuelle Förderung begleitete Ermöglichung von Übergängen. Hier muss verantwortliche Politik ansetzen: sie muss Übergänge zwischen den verschiedenen Schultypen offen halten und darf die Schülerinnen und Schüler, die wechseln wollen, nicht allein lassen, sondern muss diesen gezielt Förderung anbieten. Ein Wechsel der Schulform muss Chancen schaffen und nicht das Scheitern einleiten.

Schulen und Kindergärten bleiben aber nicht die einzigen Handlungsfelder staatlicher Bildungspolitik. Denn wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass Bildung ein auf das erste Lebensdrittel beschränkter und dann auch erst mit der Schule einsetzender Prozess ist. In unse-

rer durch kontinuierliche Veränderung geprägten Arbeitswelt wird es sich niemand mehr leisten können, sich – sofern überhaupt vorhanden – auf dem Zertifikat seiner ersten Ausbildung ausruhen zu können. Deshalb werden wir den Gedanken einer über Kurzmaßnahmen hinausgehenden Weiterbildung vom rhetorischen Platzhalter zur Realität unserer Arbeitswelt weiterentwickeln. Letzten Endes geht es hier um die rechtzeitige Investition in die langfristige Beschäftigungsfähigkeit.

Jeder sollte im Laufe seines Arbeitslebens die Chance bekommen, berufsbegleitend einen höheren Abschluss zu erwerben als bei Aufnahme der Berufstätigkeit. Der ungelerte Arbeiter sollte einen Ausbildungsberuf erlernen, der Geselle sollte zu einem Meisterbrief kommen können, der Meister zu einem FH-Abschluss und der Akademiker zu einer vielleicht mit einem Master-Titel versehenen Zusatzqualifikation. Dazu bedarf es aber entsprechender modularisierter Angebote und auch der Einrichtung von Arbeitszeitkonten, die für Weiterbildung eingesetzt werden können. In großen Unternehmen werden solche Modelle bereits mit Erfolg praktiziert. Wir müssen aber durch Rahmenbedingungen und Angebote dafür sorgen, dass auch mittelständische Unternehmen in die Lage versetzt werden, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprechende Weiterbildungsangebote zu machen, ohne damit unternehmerische Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Nur so lassen sich auch Aufstiegschancen für diejenigen schaffen, die ihre primäre Ausbildung bereits hinter sich gelassen haben.

Die hier nur kurz skizzierten Ansätze sollten aber nicht vergessen machen, dass Bildung sich nicht auf die am Arbeitsmarkt verwertbare Ausstattung des Einzelnen beschränkt. Weit über die Teilhabe am Arbeitsleben hinaus schafft Bildung den Zugang zu erfüllter menschlicher Existenz, in dem sie dem Einzelnen geistige und kulturelle

Räume öffnet, die ihn prägen und unverwechselbar machen, ohne unmittelbar ökonomisch verwertbar zu sein. Bildung – der Begriff legt es nahe, setzt ein „Bild“, ein Menschenbild voraus. Das führt an den Anfang meiner Überlegungen zurück. Gerade an der Bildungspolitik wird sich erweisen, ob wir unser Verständnis vom freien und in seiner Freiheit unberechenbaren Menschen ernst nehmen, ihn bei der Entfaltung seiner Talente unterstützen und ihm so gesellschaftlichen Aufstieg ermöglichen – oder hier bereits den Keim der Entmündigung anlegen, die gerade den Schwachen in eine materiell abgesicherte und dennoch unwürdige Existenz führt.